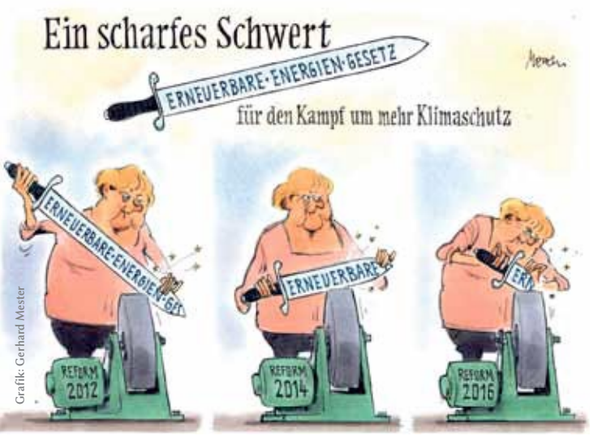
# *Erneuerbare-Energien-Drosselungs-Gesetz 2016*

**Mit dieser EEG-Reform wird die Bundesregierung die Klimaschutzziele von Paris nicht erreichen. Maximal 45 Prozent soll der Anteil der Erneuerbaren am Strommix bis 2025 betragen. Monatelange Kampagnen der Ökostrom-Branche brachten leider nur punktuelle Verbesserungen am ursprünglich vorgesehenen Gesetzestext. Die Bürgerenergie droht noch weiter an den Rand gedrängt zu werden. Hier finden Sie die wichtigsten Punkte im Überblick. / Von Karin Jehle, fesa e.V.**

### *Wind: Ausschreibungen ab 2017*

2.800 Megawatt (MW) Windenergieleistung wird die Bundesregierung in den Jahren 2017 bis 2019 jeweils ausschreiben. Ab 2020 sollen es 2.900 MW sein. Zum Vergleich: 2015 wurden 3.700 MW zugebaut. Dennoch meint die Windbranche, das Schlimmste verhindert zu haben. Die zunächst im Gesetz zu findende „Weltformel", die die Windkraft an Land zur Restgröße degradiert hätte, ist vom Tisch. Auch die Einmaldegression von fünf Prozent (einige CDU-Abgeordneten wollten sogar noch mehr) für bereits genehmigte Anlagen, die 2017 gebaut werden, kommt jetzt in leichter zu verkraftenden Monatsschritten. Für Bürgerenergiegesellschaften gibt es nur minimale Erleichterungen im Ausschreibungsdesign: Sie müssen noch keine Genehmigung nach Bundesimmisionsschutzgesetz vorweisen, um sich zu beteiligen, und erhalten bei Zuschlag die Vergütung des höchsten bezuschlagten Gebotes. Dennoch tragen sie weiterhin das Risiko, keinen Zuschlag zu bekommen und auf hohen Planungskosten sitzen zu bleiben: Größere Unternehmen, die mit mehreren Projekte in die Ausschreibung gehen, können dies eher tragen – für Bürgerenergieprojekte ist dies nicht vertretbar. EU-rechtlich wäre ausdrücklich eine Ausnahmeregelung für Bürgerenergieprojekte möglich gewesen, die für diese eine fest kalkulierbare Vergütung außerhalb der Ausschreibungen festgelegt hätte. Die Ziele Bürgernähe und Akteursvielfalt kann die Bundesregierung so nicht erreichen. „Die Branche steht vor einem Strukturbruch auf Seiten der Marktakteure. Wir nehmen den neuen gesetzlichen Rahmen zur Kenntnis und werden mit diesem arbeiten", so Hermann Albers, Präsident des Bundesverbands WindEnergie (BWE).



Grafik: Gerhard Mester

### *Sonne: Kleiner Lichtblick beim Mieterstrom*

Auch bei der Photovoltaik fordert das EEG 2016 Ausschreibungen. Ab 2017 müssen alle Anlagen über 750 Kilowatt (kW) Leistung an Ausschreibungen teilnehmen. Insgesamt werden 600 MW jährlich ausgeschrieben. Alle Anlagen unter 750 kW erhalten weiterhin eine Einspeisevergütung. Ein kleiner Lichtblick sind die geplanten Erleichterungen für sogenannte Mieterstrommodelle. Hier ist eine teilweise Entlastung von der EEG-Umlage bei Direktbelieferung von Wohngebäuden mit Solarstrom geplant. Details stehen jedoch noch nicht im Gesetz und nur eine Verordnungsermächtigung dazu. Dies könnte eine gute Dynamik entfachen, denn das Interesse von MieterInnen und VermieterInnen ist groß. Es bleibt zu hoffen, dass die Verordnung bald kommt und die finanziellen Vorteile nicht durch erhöhten Bürokratieaufwand wieder zunichte gemacht werden. Keine Erleichterungen sind für Gewerbebetriebe in Sicht, die ihren eigenerzeugten Strom selbst nutzen. „Für den Eigenbedarf selbst erzeugter Solarstrom wäre inzwischen meist wettbewerbsfähig, wenn die Bundesregierung ihn nicht mit Abgaben künstlich verteuern würde", so Carsten Körnig, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Solarwirtschaft. Dadurch entstünden Fehlanreize. Eigentlich selbsttragende Geschäftsmodelle funktionierten nicht mehr.

### *Biomasse: Perspektiven für bestehende Anlagen*

Auch Bioenergieanlagen müssen ab 2017 an Ausschreibungen teilnehmen. Bis 2019 werden jährlich 150 MW ausgeschrieben, ab 2020 steigt die Ausschreibungsmenge auf 200 MW. Für Neuanlagen ist die Maximalvergütung (14,88 ct/kWh) jedoch zu niedrig angesetzt. Für Bestandsanlagen, deren EEG-Förderung in den kommenden Jahren ausläuft, eröffnen sich indes neue Perspektiven. Eine maximale Vergütung von 16,9 ct/kWh ermöglicht nach Angaben des Fachverbandes Bioenergie für Anlagen auf Basis von Abfällen oder Restholz zumeist eine wirtschaftlich tragbare Vergütung. Der Großteil der Bestandsanlagen auf Basis nachwachsender Rohstoffe oder Frischholz hingegen könne jedoch allein mit einer EEG-Vergütung in dieser Höhe nicht betrieben werden. Zusätzliche Einnahmequellen durch Wärmevermarktung oder bedarfsgerechte Stromerzeugung seien notwendig. Da die Ausschreibungen weder die Anlagengröße noch den Einsatzstoff berücksichtigen, werden kleinere und mittelständische Anlagen der Land- und Forstwirtschaft benachteiligt – schlecht für die Akteursvielfalt.

### *Nicht realisierte Mengen verfallen*

Ein weiterer Kritikpunkt: Es ist damit zu rechnen, dass nicht alle in den Ausschreibungen bezuschlagten Anlagen auch gebaut werden. Der BWE rechnet im Windbereich mit mindestens zehn Prozent nichtrealisierter Anlagen. Diese werden jedoch nicht in der nächsten Runde erneut ausgeschrieben, so dass zu befürchten ist, dass die Bundesregierung noch nicht einmal die kümmerlichen Ziele erreichen wird, die sie sich gesetzt hat. Hinzu kommt, dass die gesetzten Ausschreibungsmengen nicht um rückgebaute Anlagenleistungen korrigiert werden. Ein ehrgeiziger Kampf gegen den Klimawandel, wie in Paris versprochen, sieht anders aus! So schreibt auch der „Vater des EEG", Hans-Josef Fell: „Die EEG-Novelle lässt die 80 Prozent der deutschen Bevölkerung, die die Erneuerbaren Energien befürworten, ratlos zurück. Sie fragen sich, warum der Ausbau massiv gedrosselt, statt nach den Beschlüssen von Paris beschleunigt wird." ■



Politik

# Bürgerprotest wirkt!

Großen Unmut gab es diesen Herbst bei Energiegenossenschaften, solidarischen Wohnprojekten, freien Schulen, Kulturzentren und anderen Projekten, die sich (teilweise) über Nachrangdarlehen finanzieren. Das geplante Kleinanlegerschutzgesetz hätte den Gebrauch dieses Finanzierungsinstruments stark erschwert. Doch es kommt wohl nicht so schlimm, wie es nach dem Referentenentwurf zunächst aussah. / Von Karin Jehle, fesa e.V.

Foto: Geralt / Pixabay

*Geld scheffeln die Projekte der Solidarökonomie nicht mit den Nachrangdarlehen – aber sie stellen eine solide Finanzierung sicher.*

▶ Nach EEG 2.0 und Kapitalanlagegesetz kam mit dem Referentenentwurf zum Vermögensanlagegesetz (VermAnlG) im Sommer ein weiterer Hemmschuh für die Energiewende und andere Projekte der Solidarökonomie auf die Tagesordnung. Die Finanzierung über Nachrangdarlehen sollte stark erschwert werden. Auslöser für die Gesetzesnovelle, die unter dem Wahrzeichen des Kleinanlegerschutzes daherkam, war die Pleite des Windkraftprojektierers PROKON. Dieser hatte für seine Investitionen genau dieses Finanzierungsinstrument genutzt und Renditen von jährlich acht Prozent versprochen.

### *Teure Verkaufsprospekte mit fragwürdigem Nutzen*

Kernpunkt des geplanten Gesetzes ist eine Ausweitung der Prospektpflicht auf Nachrangdarlehen, wenn jährlich mehr als 100.000 Euro eingeworben werden sollen. Dies bedeutet, dass ein sogenannter Verkaufsprospekt erstellt werden muss: Ein umfangreiches Dokument, das von Fachpersonen erstellt, von vereidigten Wirtschaftsprüfern testiert und von der Bundesaufsicht für Finanzdienstleistungen (BaFin) geprüft und aufbewahrt werden muss. Kosten von rund 50.000 Euro kommen damit auf Projekte zu, die schon ohne überbordende bürokratische Regelungen nur wirtschaftlich sind, weil sie die Kosten niedrig halten und mit viel ehrenamtlichem Engagement arbeiten. Der personelle Aufwand ist in den 50.000 Euro, die im Übrigen nicht nur einmalig sondern jährlich anfallen, noch gar nicht eingerechnet. Heraus kommt ein 60 bis 100seitiges Papier, das ohne fachkompetente Anleitung nicht verständlich ist und das insofern auch kaum ein Anleger jemals durchliest. Übrigens: PROKON hatte einen solchen Prospekt erstellt – mit BaFin-Siegel und allem Pipapo.

### *Bürgerproteste auf allen Ebenen*

Doch die vielen Projekte der Solidarökonomie lassen sich das wichtige Finanzierungsinstrument Nachrangdarlehen nicht aus der Hand nehmen! Am 30. September fand ein Runder Tisch mit den Bundestagsabgeordneten Kerstin Andreae und Gernot Erler und Projekt-Engagierten aus Freiburg statt. Marshall von Mattern hörte sich die Argumente bereits am 19. September an. Auch der fesa e.V. war dabei und setzte sich vor allem für die Belange der Energiegenossenschaften ein. Bundesweit baten Aktive vor Ort ihre Abgeordneten zum Gespräch und schrieben Briefe an Parlamentarier. Die Bedenken bezüglich des Gesetzesentwurfes sind offensichtlich bei der Politik angekommen.

### *Referentenentwurf wird überarbeitet*

Die Vorlage des Gesetzes im Kabinett war ursprünglich für den 8. Oktober geplant. Bei Redaktionsschluss war der Gesetzestext jedoch immer noch in der Überarbeitung, so dass sich der Kabinettsbeschluss wohl auf die zweite Novemberhälfte verzögert. Nach Aussagen aus dem Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz gegenüber der Solar-Region ist man dort bestrebt, eine Lösung sowohl für die Genossenschaften als auch für andere solidarisch finanzierte Projekte zu finden. Die Einwendungen der BürgerInnen seien aufgegriffen worden. Inwieweit die Änderungen weitreichend genug sind, um weiterhin Projekte über Nachrangdarlehen finanzieren zu können, wird sich zeigen. Nach dem Kabinettsbeschluss geht die Gesetzesvorlage in den Bundesrat und die Ausschüsse, im März wird voraussichtlich die erste Lesung im Bundestag stattfinden. Der ursprüngliche Zeitplan eines Inkrafttretens schon zum 1. Juli 2015 ist wohl nicht mehr zu halten. Es ist also weiterhin ausreichend Zeit, die Einwände der Betroffenen zu hören, zu sammeln und ins Gesetzgebungsverfahren einfließen zu lassen. Wir halten Sie auf dem Laufenden! ■

**Ihr unabhängiger Partner rund um Energie, Effizienz und Klimaschutz**

Sie haben Fragen zur energetischen Optimierung von Gebäuden und der Nutzung erneuerbarer Energien? Wir bieten u.a.:

- Analyse und Überwachung der Betriebskosten für Industrie, Gewerbe und Gemeinden
- Energie- und Klimaschutzkonzepte
- Umsetzungsbegleitung von Energieprojekten

Energieagentur Regio Freiburg

Energieagentur Regio Freiburg GmbH · Emmy-Noether-Str. 2 · 79110 Freiburg
Tel: 0761-79177-0 · info@energieagentur-freiburg.de · www.energieagentur-freiburg.de

# Hürdenlauf Haussanierung

Die Sanierungsquote im Gebäudebestand ist nach wie vor viel zu niedrig. Was hindert Hauseigentümer daran, eine energetische Sanierung in Angriff zu nehmen? Und wie können die (tatsächlichen oder wahrgenommenen) Hürden überwunden werden? / Von Karin Jehle, fesa e.V.

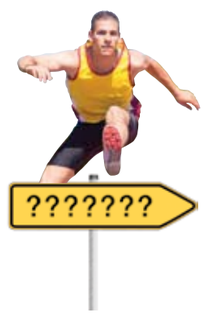
▶ Ein sattes Viertel des Endenergieverbrauchs in Deutschland entfällt nach Daten der Deutschen Energieagentur (dena) auf Heizung und Warmwasser. Das Einsparpotenzial ist gewaltig – eine energetische Sanierung kann den Energieverbrauch um bis zu 80 Prozent senken. Fördermittel, zinsgünstige Kredite und Beratungsangebote von Bund, Ländern und Kommunen gibt es zuhauf. Dennoch dümpelt die Sanierungsquote bei einem Prozent pro Jahr – notwendig wären mindestens drei Prozent, um die Klimaschutzziele noch zu erreichen. Welche Hürden gilt es zu überwinden, um die Gebäudesanierung anzuschieben? An welchen Punkten kann man ansetzen, welche Sanierungsanlässe nutzen?

*Hürde Nr. 1 – das liebe Geld*

Fehlendes Eigenkapital bzw. die fehlende Bereitschaft oder Möglichkeit, einen Kredit aufzunehmen, sind häufig die höchsten Hürden für eine energetische Sanierung. Hierbei spielt die Einschätzung der eigenen finanziellen Zukunft, wie z.B. die Sicherheit des Arbeitsplatzes und die Höhe der erwarteten Rente, eine wichtige Rolle. Wer unsicher ist, ob er den Kredit abbezahlen kann, wird zögern, eine größere Investition zu tätigen. Ältere Menschen oder auch Geringverdiener, die vielleicht per Erbschaft in den Besitz einer Immobilie gekommen sind, haben oftmals gar keinen Zugang zu einem Kredit. Ein weiterer Aspekt ist die zu erwartende Amortisationsdauer. Für eine Investition in die energetische Gebäudesanierung ist langfristiges Denken angesagt. Zieht man die Lebenszykluskosten der Immobilie in Betracht, ist eine energetische Sanierung fast immer rentabel. Dabei verkürzen steigende Energiekosten (und sie werden weiter steigen!) die Amortisationszeit, sind jedoch schwierig exakt vorherzusagen.

*Lösungsansatz – schrittweise sanieren, Förderprogramme nutzen*

Rom wurde auch nicht in einem Tag erbaut! Bei einer schrittweisen Sanierung ist die Einzelinvestition geringer und kann so leichter gestemmt werden. Sehr wichtig ist es, zunächst einen Energieberater zu konsultieren, um Sanierungsfehler zu vermeiden und die Einzelmaßnahmen optimal aufeinander abzustimmen. Nach einer ausführlichen Bestandsaufnahme kann der Energieberater sagen, welche Maßnahmen die größten Einsparungen erzielen und welcher Investitionsaufwand dafür nötig ist. Jedes Gebäude ist dabei individuell zu betrachten. Bund, Länder und Kommunen haben zahlreiche Förderprogramme mit Zuschüssen und zinsgünstigen Krediten für die Gebäudesanierung aufgelegt. Auch hier kann der Energieberater helfen, einen Überblick im Förderdschungel zu behalten und bei der Antragsstellung unterstützen. Ist die Heizungsanlage sanierungsbedürftig (und dies ist nach wie vor bei einem Großteil der Fossilien in den Kellern der Fall), kann auch ein Contracting-Modell attraktiv sein. Der Contractor (dies kann der örtliche Energieversorger oder auch eine Genossenschaft sein) übernimmt dabei die Investition, der Gebäudeeigentümer zahlt diese über einen vertraglich festgelegten Zeitraum mittels der gelieferten Wärmemengen zurück.




*Hürde Nr. 2 – Informationsdefizite*

„Aber mein Haus ist doch Tiptop in Ordnung!" Gebäudeeigentümer neigen dazu, den (energetischen) Zustand der eigenen Immobilie zu überschätzen. Über ihre konkreten Energiekosten – und somit über die zu erzielenden Einsparpotenziale – sind viele Hausbesitzer nicht ausreichend informiert. Die Unterscheidung zwischen energetischer Sanierung und Instandhaltung ist zudem häufig eher schwammig. Auch hinsichtlich Förderprogrammen und Finanzierungsmöglichkeiten gibt es deutliche Informationsdefizite. Gleichzeitig stößt der interessierte Hausbesitzer auf einen wahren „Informationsdschungel", sobald er beginnt, über eine Sanierung nachzudenken. Dies kann sanierungswillige Gebäudeeigentümer verunsichern – zudem etliche Mythen von Schimmel im „luftdicht verpackten" Haus, über „atmende Wände" bis zu brandgefährlichen Dämmstoffen immer wieder in den Medien kursieren. Handwerker beraten teilweise nicht neutral, da sie sich oftmals nur in ihrem eigenen Gewerk auskennen und / oder ein Eigeninteresse haben. Der Fensterbauer wird geneigt sein, neue Fenster als wichtigste Sanierungsmaßnahme zu empfehlen, während der Heizungsbauer wahrscheinlich eher zu einer Heizungserneuerung raten wird.

*Lösungsansatz – neutral informieren, Erfahrungen austauschen*

Die einzig wahre Lösung für alle Gebäude gibt es nicht. Daher ist es wichtig, vor der Sanierung eine möglichst neutrale Beratung einzuholen. Das Umweltministerium Baden-Württemberg hat dafür in Kooperation mit der Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg GmbH (KEA) das Programm „Zukunft Altbau" aufgestellt. Im Paket enthalten sind Broschüren zu vielfältigen Themen rund ums Sanieren, eine informative Internetseite (www.zukunftaltbau.de) und ein kostenfreies Beratungstelefon (08000/12 33 33). Auch die dena stellt umfangreiche Informationen bereit (www.dena.de) und viele Kommunen bieten neutrale Handreichungen und Förderprogramme an (z.B. www.freiburg.de/waermeschutz). Auf der Gebäude. Energie.Technik-Messe in Freiburg können sich Sanierungswillige auf dem „Marktplatz Energieberatung" kostenfrei beraten lassen (www.getec-freiburg.de). Hilfreich ist zudem ein Erfahrungsaustausch mit Nachbarn, Freunden oder Bekannten, die bereits saniert haben. Klar, diese Art von Information ist alles andere als neutral. Aber stellt man sie in den Kontext der aus neutraler Quelle ermittelten Infos, kann man die Tipps und Hinweise gut einordnen und einfacher zu Entscheidungen kommen.

Foto Sportler: william87a, Fotolia

*Hürde Nr. 3 – Lohnt sich denn der ganze Stress?*

Die „weichen" Faktoren, die Hausbesitzer vor einer Sanierung zögern lassen, sind nicht zu unterschätzen: Die Sorge vor kurzfristigen Unannehmlichkeiten, wie Lärm, Staub und Stress während der Bauarbeiten, oder Angst vor Überforderung bei den vielfältigen Entscheidungen im Vorfeld können die langfristigen Vorteile überwiegen. Der Mensch ist ein Gewohnheitstier und hat es gerne bequem. Solange die Heizkosten noch nicht ruinös sind und die Technik im Keller irgendwie ihren Dienst tut, schieben viele Gebäudeeigentümer anstehende Sanierungen vor sich her. Andere bevorzugen sichtbare Maßnahmen – eine schöne Fassade oder ein Wintergarten machen mehr her als eine neue Heizungspumpe, auch wenn letztere mit sehr geringem Investitionsaufwand viel Energie sparen kann.

*Lösungsansatz – langfristig denken, Zeitfenster nutzen*

Eine Gebäudesanierung ist eine Investition in die Zukunft. Steigende Energiekosten erhöhen dabei die erzielbaren Einsparungen und beschleunigen somit die Amortisation. Gerade bei ohnehin anstehenden Maßnahmen gilt es, das Zeitfenster zu nutzen. Ist ein Fassadenanstrich fällig, kann gleichzeitig auch eine Wärmedämmung vorgenommen werden. Gerüstbau- und Anstrichkosten fallen ohnehin an und für die energetischen Aspekte der Sanierung sind somit nur die Extrakosten für die Wärmedämmung zu bilanzieren. Und nur diese müssen sich dann durch die eingesparten Heizkosten amortisieren. Ebenso bietet es sich an, den gewünschten Ausbau des Dachgeschosses mit einer optimalen Wärmedämmung zu verbinden oder beim Austausch der Fenster auf qualitativ hochwertige Ausführung mit Dreifachverglasung zu achten. Alle Maßnahmen sollten selbstverständlich im Vorfeld mit einem erfahrenen Energieberater besprochen werden. Ab 2015 wird die Heizungssanierung mit der neuen Energieeinsparverordnung (EnEV) übrigens zur Pflicht. Heizkessel, die vor 1984 eingebaut wurden, müssen nachgerüstet werden. Sie haben ihr Dienstalter auch wahrlich erreicht!

*Hürde Nr. 4 – rechtliche, technische und administrative Hemmnisse*

Was ist, wenn meine neue Dämmung auf das Grundstück des Nachbarn ragt? Und wie gehe ich mit Mietern um? Gerade bei sogenannten „Amateurvermietern" besteht oft die Sorge, die Sanierungskosten nicht auf die Miete umlegen zu können oder dass sich die Mieter während der Bauphase beschweren oder gar die Miete mindern. In Wohneigentümergemeinschaften (WEGs) ist die Entscheidungsfindung oft kompliziert und langwierig. Eigentümerversammlungen finden meist nur ein Mal jährlich statt und für eine Gebäudemodernisierung ist mindestens eine Dreiviertelmehrheit erforderlich. Bei denkmalgeschützten Altbauten kann eine Sanierung nur eingeschränkt möglich sein und in einigen Fällen verhindern auch Bebauungspläne und gestalterische Vorgaben von behördlicher Seite eine optimale energetische Modernisierung.

*Lösungsansatz – vieles ist möglich*

Einschränkungen durch Bebauungspläne und andere behördliche Vorgaben sind ärgerlich. Städte und Kommunen sollten stattdessen sanierungswillige Bürgerinnen und Bürger bestmöglich unterstützen – und das tun die meisten ja auch! Baden-Württemberg hat jüngst das Nachbarschaftsrecht dahingehend neu geregelt, dass ein „Überbau" von bis zu 25 Zentimetern auf das Nachbargrundstück bei einer nachträglichen Gebäudedämmung geduldet werden muss. Bei denkmalgeschützten Gebäuden sind auch ohne eine Fassadendämmung meist große Energieeinsparungen zu erzielen. Kellerdecke und Dach können „unsichtbar" gedämmt werden und auch die alten Fenster und Türen sind oftmals große Luftlöcher. Hier gibt es energetisch bessere Lösungen, die optisch aber kaum auffallen. Große Potenziale schlummern in den Altbauten auch im Heizungskeller, z.B. mittels eines Blockheizkraftwerks (siehe Artikel auf Seite 14). Das Mietrecht ist (nicht nur) in Sachen energetischer Sanierung äußerst vermieterfreundlich: MieterInnen müssen Sanierungsmaßnahmen dulden, können aber die Miete während der Bauarbeiten mindern. Die Kosten für die energetische Sanierung können mit elf Prozent jährlich auf die Miete umgelegt werden. Achtung! Dabei sind die Instandhaltungskosten abzuziehen. Und das Problem, eine höhere Miete zu erzielen, besteht in hochpreisigen Regionen wie hier im Süden nicht. Leider lassen sich aber auch energetische Bruchbuden zu exorbitanten Preisen vermieten. Hier wäre von administrativer Seite ein Mietspiegel erforderlich, der die energetische Qualität des Wohnraums angemessen berücksichtigt.

*Fazit*

Mit Sicherheit ist eine energetische Sanierung kein Ausflug auf den Ponyhof und sollte bedacht und gut informiert angegangen werden. Sie ist jedoch eine Investition in die eigene Zukunft – und das nicht nur finanziell. Zu den Energieeinsparungen, die finanziell die Investition abtragen helfen, kommen deutliche Komfortsteigerungen und ein Gefühl der Sicherheit gegenüber künftigen Preisexplosionen bei Öl und Gas. Und nicht zuletzt ist jedes einzelne sanierte Gebäude ein Beitrag zum Klimaschutz. Und ist nicht jede gemeisterte Hürde auch ein Erfolgserlebnis? Ein weiterer Grund das Abenteuer Sanieren anzugehen. ■

Machen Sie sich unabhängig!

- **KfW-Effizienzhäuser**
- **Sonnenhäuser**
- **Energie-autarke Häuser**
- **und weitere Energiesparhäuser**

Mit unserer 33-jährigen Erfahrung und unseren **innovativen Energiesparkonzepten** zeigen Sie steigenden Energiekosten dauerhaft die kalte Schulter!

**HELMA Eigenheimbau AG**
**Vertriebsbüro Jörn Ambs**
Gewerbestraße 75
79194 Gundelfingen
Tel. 07 61 / 45 89 53 45
joern-ambs@HELMA.de
**www.HELMA.de**

HELMA Eigenheimbau AG

# Grün angestrichen oder wirklich nachhaltig?

Anleger achten mittlerweile bei Geldanlagen nicht mehr nur auf die Rendite sondern zunehmend auch auf Nachhaltigkeitskriterien. Doch: Ist auch grün drin, wo grün draufsteht? / Von Karin Jehle, fesa e.V.

Foto: DWST, Pixabay

*Was ist denn drin in meinem Investmentfonds? Und wie finde ich das heraus?*

▶ Immer mehr Menschen wollen es wissen: Was macht die Bank mit meinem Geld? Was steckt hinter dem angepriesenen Rentenfonds? Finanziere ich Atom- und Kohlekraftwerke, Kinderarbeit, Nahrungsmittelspekulation oder Waffenexporte? Denn Geldanlagen sind ein mächtiger Hebel. „Fondsgesellschaften verwalten derzeit rund 2,1 Billionen Euro für etwa 50 Millionen private und institutionelle Anleger", wirbt der Bundesverband Investment und Asset Management e.V. auf seiner Webseite. „Sie sind damit ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Deutschland und ein wesentlicher Bestandteil des Finanzplatzes."

*Labels über Labels*

Wie auch bei Bio-Produkten, Naturkosmetik und fairem Handel findet sich im Bereich „Grüne Geldanlagen" eine Vielzahl von Labels, die Finanzprodukte als nachhaltig kennzeichnen sollen. Der Begriff „Ökofonds" ist dabei nicht geschützt – jeder darf sein Finanzprodukt so anpreisen. Wie sieht es im Bereich der Aktien-Indizes aus? Im Natur Aktien Index (NAI) sind ausschließlich Unternehmen gelistet, die im Umweltbereich tätig sind – eine kleine, aber feine Auswahl von rund 30 kleineren und mittleren Firmen. „Wenn ein Unternehmen nicht mehr den ökologischen – aber auch ökonomischen – Kriterien genügt, fliegt es aus dem NAI raus", erklärt der Vermögensberater Arnulf Allert. Der Global Challenges Index (GCI) des Forums Nachhaltige Geldanlagen definiert Kriterien, denen die gelisteten Unternehmen entsprechen müssen. „Neben den Windkraftanlagenherstellern Vestas und Nordex sowie der Umweltbank finden wir aber auch Henkel, Enagas und SAP", sagt Andreas Oberfäll, der sich auch auf nachhaltige Geldanlagen spezialisiert hat. „Das Forum Nachhaltige Geldanlagen sehe ich jedoch insgesamt positiv, weil sie sehr transparent sind." Im Dow Jones Sustainability Index (DJSI) schließlich finden sich auch Aktien von beispielsweise BMW, BASF, Nestlé, Roche und TOTAL. Diese Unternehmen kennzeichnet, dass sie „Best in Class" sind, d.h. in ihrer Branche noch am ehesten nachhaltig. Vermögensberater Martin Völkle, der selbst auch in der Energiegenossenschaft BürgersolarHochrhein engagiert ist, sieht das Best-in-Class-Prinzip nicht ausschließlich kritisch: „Unsere gesamte Wirtschaft muss nachhaltiger werden. Da kann es durchaus sinnvoll sein, wenn man Unternehmen dafür belohnt, dass sie nachhaltiger sind als andere." So können unter dem Druck der Anleger auch große Unternehmen beginnen umzudenken.

Unter alle drei Indizes fallen ausschließlich börsengehandelte Unternehmen. Im Regelfall wird ein Fondsmanager börsentäglich Aktien kaufen und verkaufen. Das macht es für InvestorInnen schwierig bis unmöglich, zu sagen, was gerade aktuell in ihrem Fonds steckt. Hinzu kommt, dass Fondsgesellschaften meist eine Vielzahl von Finanzprodukten anbieten. Das Geld des Anlegers steckt dann zwar in einem „grünen" Fonds, die Gesellschaft handelt aber für konventionelle Fonds gleichzeitig auch Aktien von Unternehmen, die gar nicht mit den ökologisch-ethischen Kriterien des Anlegers zusammenpassen. „Viele Kunden investieren daher lieber direkt in Unternehmensanleihen", so Allert. „Da wissen sie genau, in was sie ihr Geld investieren und haben einen festgelegten Zinssatz." Obergfäll ist der gleichen Meinung: „Wenn es mir um Nachhaltigkeit geht, investiere ich lieber in ein Windrad. Da ist ganz klar, hier wird regenerativer Strom erzeugt. Alles andere, wie Fonds oder Zertifikate, ist dann doch sehr indirekt." Vermögensberater Völkle gibt jedoch zu bedenken: „Bei einer festen Beteiligung, wie einem Windpark, muss ich auf die Laufzeit achten. Will ich mein gesamtes Vermögen für 20 Jahre binden oder vielleicht nur einen Teil?" Eine Streuung relativiert natürlich auch immer die Anlagerisiken. „Ich würde eher den Großteil des Vermögens in Fonds investieren und dann Einzelprojekte beimischen."

*Auf Transparenz achten*

Wichtig für AnlegerInnen, denen es auf Nachhaltigkeit ankommt, ist eine genaue Analyse. Mittels sogenannter Negativkriterien wird ausgeschlossen, dass sich in einem Fonds Firmen verbergen, die Kohle- und Atomkraftwerke betreiben, mit Nahrungsmitteln spekulieren oder sich an Waffenhandel, Kinderarbeit und Gentechnik bereichern. „Der Anlageausschuss prüft die Unternehmen regelmäßig und man kann sich dann auch darauf verlassen, dass die Negativkriterien erfüllt werden", so Allert. „Aber – und das ist eine sehr wichtige Einschränkung – nur sofern der Anlageausschuss entscheidend und nicht nur beratend tätig ist." Vor einer Investition ist es daher ratsam, sich wirklich genau zu informieren: Nach welchen Kriterien werden die Unternehmen im Fonds ausgewählt? Wie tief geht der Anlageausschuss in seiner Analyse, d.h. werden auch Tochtergesellschaften und indirekte Beteiligungen berücksichtigt? Prüft ein externer Beirat die Nachhaltigkeitskriterien oder der Fondsmanager selbst? „In Deutschland gibt es um die 300 Nachhaltigkeitsfonds", erklärt Finanzmakler Obergfäll. „Davon ist meines Erachtens maximal ein Dutzend akzeptabel. Drei oder vier sind inhaltlich richtig gut und auch glaubhaft." Einige Fonds und auch Banken berücksichtigen neben den Negativkriterien auch Positivkriterien. Das Geld soll nicht nur keinen Schaden anrichten, sondern auch Gutes tun. Investments fließen nach diesen Positivkriterien dann ausschließlich in Erneuerbare Energien, nachhaltiges Bauen, ökologische Landwirtschaft, soziale Projekte oder Bildungsprojekte. Zudem gibt es teilweise ethische Richtlinien für Mitarbeiter und Geschäftsführung, Mitbestimmung und Chancengleichheit.

*Unabhängige Beratung suchen*

Im großen Haifischbecken der Finanzwelt gibt es zunehmend mehr Berater, die sich dem wachsenden Markt der grünen Geldanlagen verpflichtet fühlen. Auch die vier „grünen Banken" in Deutschland bieten (unabhängige) Beratung an. Die Verbraucherorganisation urgewald e.V. analysiert in ihrer neuen Broschüre „Was macht eigentlich mein Geld?" eine Vielzahl von Finanzprodukten und auch die Art und Weise, wie Anlageberatung betrieben wird. Die Zeitschrift ECO-Reporter informiert ebenso wie das Forum Nachhaltige Geldanlagen unabhängig und umfassend. Auch die Zeitschrift Finanztest befasst sich zunehmend mit der Thematik. „Das Thema Geld ist manchmal lästig", meint Vermögensberater Allert. „Es lohnt sich aber, sich damit zu beschäftigen, denn nur dann können wir unserer Verantwortung auch gerecht werden. Man kann das nicht einfach komplett delegieren."

*Wenn der Karren schon im Dreck steckt*

Doch viele Menschen kommen nicht jungfräulich mit dem Thema Geld in Verbindung, sondern haben bereits zu einem früheren Zeitpunkt in eine Lebensversicherung, eine Riester-Rente oder sonst ein Finanzprodukt investiert. Jetzt erwacht jedoch das Interesse an Nachhaltigkeit oder das schlechte Gewissen meldet sich; vielleicht aufgrund eines Medienberichtes über Investments in Streumunition, die sich in so mancher Riester-Rente verbergen. Recherchen von urgewald e.V. haben in fast allen gängigen deutschen Renten-Fonds problematische Energieunternehmen, Pharma, Rüstung, Lebensmittelspekulation etc. gefunden. Das will man doch nun wirklich nicht unterstützen! Nun stellt sich die Frage: Was ist drin in meiner Geldanlage? Wie finde ich das heraus? Und wie kann ich mein Vermögen umschichten, falls ich dann nicht mehr gut schlafen kann?

AnlegerInnen erhalten jährlich einen Bericht über die Entwicklung ihrer Geldanlagen. Es lohnt sich durchaus, diesen zu studieren, statt ihn nur abzuheften. Neben der finanziellen Entwicklung des eigenen Kapitals finden sich hier auch viele Informationen über die Investmentfonds, in denen es sich entwickeln soll. Darüber hinaus sollte man direkt die Bank, Versicherung oder den Vermögensberater darauf ansprechen, wo das Geld sich befindet und wohin und wie man bei Nichtgefallen wechseln kann. Bei einem offenen Fonds ist das einfach: „Hier kann ich meine Anteile börsentäglich verkaufen. Dann investiere ich eben in einen grünen Fonds und fertig", erklärt Allert. Bei einer fondsgebundenen Lebensversicherung ist es schon schwieriger, doch nicht unmöglich. Hier heißt es: Genau hinschauen, welche Fonds die Versicherung zur Auswahl anbietet und dann zu den nachhaltigsten im Portfolio wechseln. Dies ist normalerweise gebührenfrei möglich.

Nicht alle Versicherungsgesellschaften bieten für ihre fondsgebundenen Produkte jedoch wirklich nachhaltige Fonds mit Ausschlusskriterien an. Eine Kündigung bzw. ein Wechsel der Versicherung ist in der Regel nicht ohne finanzielle Einbußen möglich, da hohe Abschlussgebühren anfallen, die dann verloren sind. Eine Ausnahme besteht auf Druck des Gesetzgebers bei Riester-Verträgen: „Ein Wechsel weg von einer Riester-Versicherung auf einen Investmentsparplan, Banksparplan oder Wohn-Riester-Vertrag ist kostengünstig möglich", ergänzt Obergfäll. „Der Wechsel von einer Versicherungsgesellschaft zu einem anderen Versicherer ist finanziell meist sehr nachteilig. Durch das zunehmende Eintrittsalter verschlechtert sich das Preis-Leistungsverhältnis von Jahr zu Jahr deutlich." Bei manchen Finanzprodukten, wie z.B. der Rürup-Rente, ist ein Wechsel ausgeschlossen. „Dann kann man den Vertrag nur noch beitragsfrei stellen lassen, denn eine Kündigung ist immer mit Verlusten verbunden", empfiehlt Völkle. Generell gilt jedoch: Wenn viele Kunden auf Transparenz und Nachhaltigkeit bestehen, werden Anlageprodukte zusehends ökologischer und ethischer. Geld bewegt halt doch die Welt! ■

i

Die Broschüre „Was macht eigentlich mein Geld?" der Verbraucherschutzorganisation urgewald e.V. informiert umfangreich über die Zusammenhänge von Geld, Banken und Nachhaltigkeit. Sie ist für eine Schutzgebühr von 3,50 erhältlich.

Weitere Infos unter:
www.urgewald.org
www.forum-ng.org
www.ecoreporter.de

# Es braucht Visionen!

**Vor 21 Jahren hat der fesa e.V. die bundesweit erste große Bürgersolaranlage auf dem Dach des Verlagshauses Rombach initiiert, 1995 folgte die Anlage auf dem Tribünendach des SC Freiburg. Die SolarRegion sprach mit Pionieren der ersten Stunde, den Gründungsvorständen Rolf Disch, Jürgen Leuchtner und Gerhard Stryi-Hipp. / Von Karin Jehle, fesa e.V.**

Foto: Karin Jehle

*Rolf Disch, Gerhard Stryi-Hipp und Jürgen Leuchtner im Gespräch (v.l.n.r.) in der Gerberau.*

***Welcher Pioniergeist herrschte damals für solch neue Ideen, noch vor einer kostendeckenden Vergütung durch das EEG?***

Disch: Wir haben Idealisten angesprochen. Es gab ein Landesförderprogramm für Photovoltaik. Und dann haben wir im fesa e.V. überlegt: Wie kann man eine Gemeinschaftssolaranlage errichten, und vor allem wo? Ich hatte zu der Zeit die Energieberatung für das Verlagshaus Rombach und habe gesehen: Mensch, da ist doch eine schöne Dachfläche. Der Rombach-Verlag war bereit, das Dach zur Verfügung zu stellen und hat sogar selbst Anteile gekauft. Georg Salvamoser hat dann das Konzept für die Solaranlagen und die Verträge für die Anteilseigner entwickelt und die Anteile waren relativ schnell verkauft.

Stryi-Hipp: Bemerkenswert ist, dass damals alle Investoren in dem Wissen investiert haben, dass sie keine Rendite erzielen werden, da es noch kein EEG gab. Georg Salvamoser hat Kraft seiner Persönlichkeit viele Leute von der Photovoltaik überzeugt.

Leuchtner: Ja, und das waren Menschen, die einfach etwas Konkretes für die Zukunft, für den Klimaschutz tun wollten und nicht nur jammern. Damals investierten viele Menschen auch in eine Solaranlage auf dem eigenen Dach, die haben es einfach genossen, in den Keller zu gehen und sich den Zählerstand zu notieren. Dieses positive emotionale Image der Solarenergie war sicherlich ein Grund dafür, dass die Technik sich so schnell ausbreitete.

Disch: Nachdem das alles gut gelaufen war, haben wir uns eine größere Aufgabe gesucht und das war die Südtribüne des SC-Stadions. Georg Salvamoser und ich haben die Idee in einer großen Runde beim SC vorgestellt. Wir haben garantiert, dass es durch die PV-Anlage keinen Tag Verzögerung beim Bau geben wird und dass es keine einzige Mark mehr kostet. Dann gab es eine lange Diskussion und eigentlich wollte man es nicht. Und dann hat einer den Trainer Volker Finke gefragt, was er denn dazu meint. Er hat nur zwei Sätze gesagt: „Ich find das gut. Ich mach da auch mit."

Stryi-Hipp: Normalerweise hatte man die Photovoltaik auf dem eigenen Dach. Innovativ war der Ansatz der Bürgersolaranlagen, weil wir Investoren gewinnen wollten, die kein eigenes Dach hatten und damit nur virtuell die Genugtuung hatten, Solarstrom zu erzeugen. Aus Sicht der Investoren war das ein großer Schritt.

***Mit dem Erfolgsmodell EEG bekam der Ausbau der Erneuerbaren Energien mächtig Rückenwind. Wie änderte sich die Stimmung?***

Disch: Das war eine Riesenaufbruchsstimmung. Plötzlich hat sich rumgesprochen, dass sich Solarenergie auch lohnt. Auf den Messen kamen immer neue Firmen dazu.

Leuchtner: Die Leute haben zwar immer noch gerne gesagt: „Ich hab jetzt auch eine Solaranlage", aber da stand jetzt nicht mehr nur der Idealist im Vordergrund sondern auch der clevere Investor. Die Branche entwickelte sich professionell und erhob sich vom reinen Idealisten-Niveau. So ist ein Riesenmarkt entstanden. Landwirte bauten eigens Scheunen, um das Dach für eine PV-Anlage nutzen zu können, Investoren kalkulierten mit spitzem Bleistift Freiflächenanlagen, Modulhersteller konnten zum Teil nicht mehr liefern.

Stryi-Hipp: Oft wird es so dargestellt, als ob früher nur Idealisten investiert haben und es mit dem EEG nur noch ums Geld ging. Meines Erachtens stimmt das allerdings nicht, denn auch mit dem EEG haben sich die Investoren bewusst für eine „grüne" Geldanlage entschieden. Und am positiven Image der Solarenergie hat sich durch das EEG nichts geändert. Der Unterschied war, dass sie nicht mehr als zu teuer angesehen wurde und dass sie tatsächlich 20 Jahre lang funktioniert. Anfangs konnte man sich auch nicht vorstellen, dass sich mit vielen kleinen Solarzellen die Stromversorgung merklich ändern lässt. In den 90er und dann in den 2000er Jahren ist dann die Glaubwürdigkeit der Photovoltaik massiv gestiegen, dass sie erstens funktioniert und dass sie zweitens auch noch einen relevanten Stromanteil liefern und konventionelle Energien ersetzen kann.

Disch: Es gab enorme Fortschritte in der Effizienz, die deutlich zugenommen hat, und bei den Preisen, die drastisch zurückgingen.

***Und dann wurden die Erneuerbaren der etablierten Energiewirtschaft zu erfolgreich. Hat die Stimmungsmache gegen PV-Anlagen-Betreiber, die angeblich durch hohe Vergütungen steigende Strompreise verursachen, der Solarbranche mehr geschadet oder die tatsächlichen EEG-Änderungen?***

Disch: Beides. Die Gesetzesänderungen wären ohne diese Stimmungsmache nicht möglich gewesen. Viele Politiker haben diese Kampagnen mehr oder weniger unreflektiert übernommen. Man hat an vielen Stellen gedreht, um das EEG kaputt zu machen, es unattraktiv zu machen und auch so kompliziert, dass es keiner mehr versteht. Das ursprüngliche EEG war genial, es war so einfach, jeder hat es verstanden. Es war degressiv, denn man hatte damit gerechnet, dass es eine Lernkurve gibt und die Kosten sinken.





Stryi-Hipp: Ich glaube nicht, dass die öffentliche Kritik allein die Politik veranlasst hat, das EEG so stark zu ändern. Die Politik hat auch reagiert, weil die EEG-Umlage deutlich stärker angestiegen ist, als prognostiziert worden war. Außerdem hatte sich das Image der Branche verschlechtert. Denn 2008/2009 waren viele Firmen der Meinung, dass bei einer Absenkung der Vergütung um mehr als fünf Prozent die deutsche Industrie nicht mehr profitabel ist und der Markt zusammenbricht. Tatsächlich wurde bei der EEG-Änderung die Vergütung um neun Prozent gesenkt und die Preise sind tatsächlich um 15 bis 20 Prozent gesunken. Damit wurde viel Glaubwürdigkeit verspielt, auch wenn dies eine ungewollte Fehleinschätzung war.

***Wie kann der Ausbau der Erneuerbaren trotz der vielen Hemmnisse weiter voran gebracht werden? Welcher Pioniergeist ist heute gefragt?***

Disch: Wichtig wäre auf jeden Fall eine Aufklärungskampagne. In den Köpfen ist es drin, beim EEG wird subventioniert. Da muss man doch einfach mal aufklären, wo wir in Wirklichkeit überall subventionieren. Ohne die Subvention der Kohle würden die Braunkohlegruben zugemacht und im Atombereich sind es unendliche Subventionen, die den Generationen, die nach uns kommen, aufgebürdet werden. Frage ist, wer eine solche Aufklärung machen kann, denn da hat man ja nicht unbedingt ein Geschäftsinteresse.

Stryi-Hipp: Aufklärung ist wichtig, allerdings ist es nicht so, dass es an Informationen mangelt, denn Studien gibt es dazu (z.B. „Was Strom wirklich kostet" von Greenpeace Energy und BWE, Anmerkung Red.). Die Frage ist: Wer hat die Meinungshoheit und die Glaubwürdigkeit? Umfragen zeigen, dass die Energiewende nach wie vor ein sehr gutes Image hat. Allerdings gibt es eine hohe Unsicherheit bei den Bürgern, was sie tun sollen, auch weil sich die Randbedingungen ständig ändern. Gleichzeitig nehmen die Herausforderungen bei der Umsetzung der Energiewende zu. Beispielsweise steigt der Aufwand, Strom aus Wind und Sonne ins Netz zu integrieren. Bislang fehlt uns vor allem der gesellschaftliche Konsens darüber, wie die Energiewende konkret umgesetzt werden soll. Es geht also nicht nur um das Image sondern auch um die Entwicklung und Kommunikation technisch und ökonomisch glaubwürdiger Wege.

Disch: Ich glaube, dass der Druck stärker wird in Richtung Klimaschutz. Die Erkenntnis wird sich durchsetzen, die Frage ist nur, haben wir die viele Zeit, bis man dann auch Maßnahmen ergreift.

Leuchtner: Ich möchte noch mal für eine Aufklärungskampagne plädieren. Wenn der Spiegel titelt „Volksverdämmung" und dann einen derart miserabel recherchierten Artikel bringt, haben die Energieberater draußen enorm Mühe, das wieder einzufangen. Da fragen die Leute, ob es stimmt, dass sich Wärmedämmung nicht rechnet, ob da akute Brandgefahr besteht. Hier kam eine große Verunsicherung auf. Eine Informationskampagne, die in der Welt der Presse und Medien ansetzt, wäre da angebracht.

***Was können die BürgerInnen tun, was ist von der Politik zu fordern?***

Disch: Die Welt sitzt ja demnächst wieder zusammen in Paris. Ich weiß nur nicht, ob es da einen Konsens zum Handeln geben wird. Was dringend notwendig wäre, ist, dass diese Weltgesellschaft sich zusammen setzt und etwas Ähnliches macht wie ein Grundgesetz.

Stryi-Hipp: In den 90er Jahren waren es die Solarier, die das Ziel proklamierten: „Weg von fossilen Energien und Atomkraft." Heute sind Energiewende und Klimaschutz Ziele der Bundesregierung. Im Moment herrscht jedoch der Eindruck vor, dass ein klarer Plan fehlt, wie die Energiewende funktionieren soll und wer was tun soll. Deshalb ist die Regierung in der Verantwortung, Lösungswege aufzuzeigen und überzeugender und glaubwürdiger zu kommunizieren. Imagekampagnen von der Erneuerbare-Energien-Branche kann man derzeit nicht erwarten, da die Gewinne weggebrochen sind. Deshalb mussten die Budgets für Öffentlichkeitsarbeit massiv reduziert werden.

Disch: Mein Traum war ja immer eine Solarinitiative für die ganze Stadt. Jedes geeignete Haus hat seine Solaranlage und diese kann sogar zur ästhetischen Verbesserung des Hauses beitragen.

***Also sind wieder Pioniere gefragt, um das Image zu verbessern?***

Leuchtner: Ja, die braucht es und auch Leuchttürme braucht es, um sich zu orientieren, damit diese Visionen spürbar werden. Das EEG mit allem Drumherum ist sehr kompliziert geworden. Ich fürchte, dass wir nicht mehr zu der Einfachheit zurückkommen werden, die es mal hatte. Jetzt braucht es wieder schmissige Konzepte, wie beispielsweise Nutzergemeinschaften in Mehrfamilienhäusern, oder Modelle, wie man die vorhandenen Photovoltaikpotenziale heben kann. Im Freiburger Industriegebiet Nord liegt der Solarstromanteil beispielsweise bei fünf Prozent, die Dachflächen gäben 17 Prozent her. Was fehlt, ist ein schlüssiges Umsetzungskonzept.

Disch: Es stehen große Projekte an, wie ein neuer Stadtteil, egal wo er hinkommt. Warum nicht einen klimaneutralen Zukunftsstadtteil planen? Das wäre eine große Aufgabe aber durchaus machbar. Die Bremse ist im Kopf.

Foto: fesa Archiv

*Erste Bürgersolaranlage des fesa e.V. auf dem Rombach-Gebäude*

Wenn wir Klimaschutz und Energiewende wollen, dürfen wir nicht nur den Strom zählen. Wichtig sind auch Wärme und Mobilität. Warum nicht ein Stadtteil ohne Auspufftopf und ohne Schornstein?!

Stryi-Hipp: Ja, Städte und Gemeinden spielen in der Energiewende eine zunehmend wichtige Rolle. Vielerorts wird der Umbau des Energiesystems vorangetrieben und der Anteil Erneuerbarer Energien kontinuierlich erhöht. Mit intelligenten Netzen und Speichern sind neue Lösungen möglich. Gefragt sind systemische Lösungen für nachhaltige kommunale Energiesysteme und deren Umsetzung.

Leuchtner: Mit visionären Projekten können die Weichen für die Zukunft gestellt werden. Was bleibt, ist aber immer die Frage, wie man solche Visionen im politischen und planerischen Kontext umsetzt. ■

# „Tonnenweise $CO_2$ einsparen und gleichzeitig im Trend liegen“

**Dr. Michael Bilharz verrät im SolarRegion-Interview, wo die „Key Points“ sind, die großen Stellschrauben, mit denen man beim Klimaschutz richtig viel bewegen kann. / Von Karin Jehle, fesa e.V.**

**Dr. Michael Bilharz,** Autor von „‘Key Points‘ nachhaltigen Konsums“, ist Mitarbeiter im Umweltbundesamt (UBA) im Bereich nachhaltiger Konsum. Das UBA informiert in seinem Verbraucherratgeber (www.uba.de/verbraucherratgeber) sowie mit Publikationen über den Beitrag, den VerbraucherInnen zum Klimaschutz leisten können.

***Was ist für Sie ein nachhaltiger Lebensstil?***

Ein nachhaltiger Lebensstil bedeutet, so zu leben, dass alle Menschen heute und in Zukunft so leben können wie ich. Das heißt an allererster Stelle: Mein Lebensstil darf die natürlichen Ressourcen nicht übernutzen, Klima und Erde nicht aus dem ökologischen Gleichgewicht bringen. Das ist noch sehr allgemein und umfassend formuliert. Machen wir es einen Schritt konkreter: Ein nachhaltiger Lebensstil ist mindestens ein klimaneutraler Lebensstil.

***Nachhaltig Leben wird von vielen Menschen mit Einschränkungen und Verzicht verbunden. Was kann man ihnen entgegnen?***

Das ist eine schwierige Frage, denn ich bin etwas allergisch auf das Wort Verzicht. Wenn ich vor einer Operation nichts essen darf, sagt doch kein Mensch: Der Arme, jetzt muss er verzichten. Man akzeptiert diese Maßnahme als notwendig zur Gesundung. So ist es mit dem nachhaltigen Lebensstil: Wir stehen vor einer schwierigen Operation, bei der es um nicht weniger als um die Bewahrung unserer Lebensgrundlagen geht, und fragen, ob wir da verzichten müssen. Das ist doch absurd.

Aber Sie haben natürlich recht mit Ihrer Frage. Wenn ein nachhaltiger Lebensstil mit Verzicht assoziiert wird, ist das ein Problem, eine Sackgasse für die Umweltkommunikation. Denn erstens ist Askese und Verzicht niemals mehrheitsfähig. Das war schon in der Antike so und ist heute nicht anders. Was wir uns leisten können, das leisten wir uns auch. Zweitens ist Verzicht aber auch extrem subjektiv. Für die Einen ist Rinderzunge eine Delikatesse, die Anderen widert es an. Wenn es keine Rinderzunge gibt: Wer von beiden verzichtet nun? Und drittens verzichten wir rund um die Uhr. Ich verzichte gerade auf einen Spaziergang, weil ich mit Ihnen telefoniere. Vor 100 Jahren haben die Menschen viel weniger Fleisch gegessen als heute. Niemand hat es aber als Verzicht empfunden. Es gab einfach nicht mehr. Man hat sich eben auf den Sonntagsbraten gefreut und die Dinge so akzeptiert, wie sie sind.

Statt akademische Diskurse zu führen über die Frage, ob Verzicht notwendig ist oder nicht, sollten wir deshalb lieber über konkrete Probleme und konkrete Lösungen sprechen. Und dabei aus der Sicht des nachhaltigen Lebensstils die Vorteile stärker in den Vordergrund stellen.

***Was sind die großen Stellschrauben, die „Key Points“, mit denen man richtig viel bewegen kann?***

Wenn wir über Key Points reden, dann reden wir darüber, tonnenweise $CO_2$ einzusparen und gleichzeitig im Trend zu liegen. Da reden wir über das Passivhaus, das nicht nur eine geringe Heizkostenrechnung hat, sondern auch ein behagliches Wohngefühl schafft. Wir reden über CarSharing, individuelle Mobilität zum günstigen Preis, oder über hocheffiziente Autos, die deutlich weniger als 100 Gramm $CO_2$ pro Kilometer verbrauchen. Bio-Lebensmittel sind gut für mich, gut für die Umwelt. Die eigene Solaranlage oder die Investition in ein Windrad ergibt eine akzeptable Verzinsung und spart tonnenweise $CO_2$ ein.

***Und wo darf man sich auch als engagierter Klimaschützer mal eine kleine „Ökosünde“ gönnen?***

Die Grundbotschaft lautet beim nachhaltigen Lebensstil wie bei der Ernährung und der Erziehung: Wir sind nicht perfekt. Aber wenn man bei den Big Points punktet, wenn man den Kindern Geborgenheit und Zuwendung geben kann, dann kann man auch mal kleinere Fehler machen, ohne dass die Kinder gleich missraten. Wenn man in der Ernährung in der Summe nicht zu viel isst und genügend Bewegung hat, dann kann man natürlich auch die Torte oder den Sonntagsbraten genießen.

Beim nachhaltigen Lebensstil ist es genauso. Wenn man die eben genannten Key Points berücksichtigt und dazu auch noch politisch aktiv ist, dann muss man beim $CO_2$ nicht Gramm und Kilogramm zählen. Dann kann man auch mal fünfe gerade sein lassen und einen Coffee-to-go im Pappbecher trinken.

Es geht beim nachhaltigen Leben aber nicht um den individuellen Erfolg wie bei der Erziehung, sondern darum, dass wir unseren Beitrag leisten, damit Deutschland sorgsam mit nationalen wie mit globalen Ressourcen umgeht. Viel wichtiger als unser persönlicher Fußabdruck, d.h. unsere eigene $CO_2$-Bilanz, ist deshalb unser „Handprint“. Das, was wir in dieser Gesellschaft bewegen. Von elf auf eine Tonne $CO_2$ zu kommen, geht heute in Deutschland noch nicht. Zehn Tonnen $CO_2$ vermeiden kann ich aber durchaus. Am schnellsten mit einer Kompensationszahlung von 250 Euro an z.B. myClimate. Oder mit einer Investition in Windenergie. Oder durch politisches Engagement oder durch Engagement am Arbeitsplatz. Wir sind also zuallererst als Wähler, als Unterstützer z.B. von NGOs oder als Mitarbeiter gefordert.

***Menschen haben ja sehr unterschiedliche Möglichkeiten, ihren $CO_2$-Fußabdruck zu beeinflussen, nicht nur, aber auch finanziell. Haben Menschen mit einem hohen Einkommen eine höhere Verantwortung? Welche Möglichkeiten bieten sich Menschen mit einem niedrigeren Einkommen?***

Menschen mit höherem Einkommen wohnen in größeren Wohnungen, haben größere Autos und reisen mehr und weiter. Dementsprechend haben sie meist auch einen höheren $CO_2$-Ausstoß. Wir haben das gerade in einer Studie mit Daten hinterlegt. Gerade deswegen sind Menschen mit höherem Einkommen in der Lage und in der Pflicht, in „Vorleistung“ zu gehen. Die Stichworte hatte ich ja schon genannt: Investitionen in Erneuerbare Energien, energetische Sanierungen, hocheffiziente Autos oder eben auch Spenden an NGOs und freiwillige Kompensationszahlungen als schnelle und effektive „Erste-Hilfe-Maßnahme“ für das Klima.

Aber auch für Menschen mit niedrigem Einkommen gibt es viele Ansatzpunkte. Da reden wir über die ganzen Bereiche, bei denen man durch nachhaltige Konsumoptionen auch Geld sparen kann: Energieeffiziente Haushaltsgeräte, energieeffiziente Beleuchtung und CarSharing sind Möglichkeiten, umweltbewusst und kostengünstig zu leben. Der Wechsel zu einem Ökostromanbieter ist eine Maßnahme, die nur unwesentlich teurer ist.

***Welche Rahmenbedingungen erleichtern einen klimafreundlichen Lebensstil und welche erschweren ihn?***

Das A und O ist, dass die Preise die ökologische Wahrheit sagen. Wenn eine Photovoltaikanlage sich finanziell rechnet, dann investieren die Menschen auch. Das hat das Erneuerbare-Energien-Gesetz uns allen gezeigt. Wenn aber Bio-Produkte teurer sind als konventionelle Lebensmittel, dann bleibt Bio in der Nische. Gutes muss deshalb billiger, Schlechtes muss teurer werden. So einfach ist das. Die Landwirtschaftspolitik muss deshalb den Bio-Anbau viel stärker fördern, statt den Fleischexport zu subventionieren. Weitergehend müssen wir über Besteuerung sprechen. Menschliche Arbeit müsste von Abgaben befreit werden. Umgekehrt müsste Ressourcenverschwendung stärker besteuert werden, damit der Verbraucher die richtigen Preissignale erhält. Kurz gesagt: Bildung, Pflege, Reparaturen müssen günstiger, große Autos, lange Flugreisen müssen teurer werden.

***Dafür bräuchte es dann viel politischen Mut, um das umzusetzen...***

Das ist die Schwierigkeit, vor der wir stehen und wo wir einfach Stück für Stück, wie z.B. beim CarSharing dazu beitragen müssen, dass diese klassische Front – hier der Autofahrer und da der Umweltschützer, hier die Autoindustrie und da die Umweltverbände – sich aufdröselt, wie es bei den Erneuerbaren Energien geschehen ist. Ich sage immer, wenn wir in Deutschland mal sechs Millionen CarSharer haben, können wir über die Ökosteuer ganz neu diskutieren. Jetzt nimmt der Autofahrer nur den Benzinpreis als Kostenfaktor wahr, obwohl es nur einer von mehreren ist.

Für den Einzelnen geht es im weiteren Sinne um ein politisches Aktivsein, darum, andere mitzunehmen. Es geht nicht um meinen Heiligenschein, es geht um die Wirkung. Im Falle der kostendeckenden Vergütung haben einige wenige eine Rahmenbedingung geschaffen (das EEG), die für ganz Deutschland gilt. Wir müssen versuchen, nachhaltigen Konsum, nachhaltige Lebensstile politischer zu denken, weil gerade der moderne LOHAS (Livestyle of Health and Sustainability), der an sich und die Umwelt denkt, das politische Denken eher verloren hat. Sich zurückzulehnen – gut für mich, gut für die Umwelt und was mein Nachbar macht, ist mir egal – darum geht es genau nicht beim nachhaltigen Konsum. Es geht darum, Rahmenbedingungen für alle zu schaffen, und das heißt, politisch zu sein. ■

**Einen neuen $CO_2$-Rechner finden Sie auf www.klimaktiv.co2-rechner.de. Neue Optionen: $CO_2$-Einsparungen bei anderen und eine Projektion in die Zukunft.**

## KEYPOINTS

***Zu einem Ökostromanbieter wechseln!***
Ein jährlicher Stromverbrauch von 3.000 kWh verursacht im deutschen Strommix 1,86 Tonnen $CO_2$. Bezieht man Ökostrom, sind es nur 0,13 Tonnen. Zudem lässt sich der Stromverbrauch reduzieren. Tipps gibt es z.B. auf www.co2online.de/energie-sparen

***In Erneuerbare Energien investieren!***
Ein Investment von 10.000 Euro in einen Windpark spart jährlich elf Tonnen $CO_2$ ein. Und bringt nebenbei auch noch eine Rendite.

***Energetisch modernisieren!***
Satte Energieeinsparungen von 50 bis 80 Prozent bringt eine energetische Ertüchtigung Ihres Hauses. Wenn Sie Miteigentümer in einer Wohneigentümergemeinschaft zu einer Modernisierung motivieren, sparen Sie nicht nur bei sich selbst sondern auch bei anderen Emissionen ein.

***Flugreisen vermeiden!***
Ein Flug von Frankfurt nach Gan Island (Malediven) und zurück stößt 5,01 Tonnen $CO_2$ aus. Das ist die doppelte Menge des verträglichen Ausstoßes pro Person und sorgt dafür, dass die Malediven bald unter dem Meeresspiegel liegen werden.

***Emissionen kompensieren!***
Klingt wie ein Ablasshandel, ist aber enorm wirksam: Eine Kompensationszahlung von 250 Euro an z.B. myclimate spart in weltweit angesiedelten Klimaschutzprojekten zehn Tonnen $CO_2$ ein.

***Klimaschutz geht durch den Magen!***
Weniger Fleisch – dafür bewusst genießen. Kommen die Lebensmittel auch noch aus der Region, sind saisonal und im Idealfall aus biologischem Anbau, tun wir nicht nur uns selbst sondern auch der persönlichen Klimabilanz etwas Gutes.

Grafiken: Pixabay